

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ

1. Stadt Hochheim



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirschstr. 59, Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-spaltige Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Kesseln die 6-spaltige Colonelzeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Donnerstag, den 29. April 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die schon seit längerer Zeit geplante Senkung der Einkommensteuer nunmehr auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat wegen dieser Frage bereits häufig mit den Parteien verhandelt.

Der Reichsausschuß des Reichstages hat die Beratungen über das Einkommensteuergesetz auf unbestimmte Zeit vertagt.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelskongress in Berlin hat Reichsminister Dr. Brüning eine große Rede über die Wirtschaft gehalten.

Bei dem Reichsministerium des Innern ist ein Antrag des Reichsausschusses auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Abänderung des Reichsstaatsbankgesetzes eingegangen. Als Vertrauensmann ist Reichsminister Dr. Brüning bezeichnet.

Wie verlautet, dürfte sich die Zentrumsfraktion des Reichsausschusses, den jetzigen Reichsausschuss Dr. Brüning als Vorsitzenden, zum Vorparlament der Reichsversammlung wählen. In der Reichsversammlung wird die Zentrumsfraktion die Mehrheit bilden.

Die Gesamtzahl der Hauptkreditnehmer in der Reichsbank für das Jahr 1925/26 betrug am 1. April 1926 auf 1. April 1925, d. h. um 3 v. H., zurückgegangen.

Der deutsch-russische Vertrag findet in der Weltpresse eine große Beachtung. Nur die französische Presse übt scharfe Kritik an dem Vertrag und spricht sogar von der Notwendigkeit eines offiziellen Schrittes in Berlin.

Neben dem Verhältnis des deutsch-russischen Vertrages zum deutsch-französischen Vertrag ist bereits zwischen den Parteien ein Meinungswechsel in Gang gekommen. Der englische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Curzon, hat in dieser Angelegenheit mit dem Generaldirektor der russischen Außenpolitik, General G. G. G. eine erste Besprechung.

Der Berliner Vertrag.

Der in Berlin unterzeichnete deutsch-russische Handelsvertrag ist begrifflich und augenblicklich ein sehr lebhafter Gegenstand der Diskussion in In- und Ausland. So ist das Inland in Betracht kommt, wird die Frage, ob dieser Vertrag dem Reichstag zur Annahme vorgelegt werden wird, vom Reichstag entschieden werden, da eine rechtliche Beurteilung hierfür nicht vorliegt. In politischen Kreisen wird aber als politisch wünschenswert betrachtet, den Vertrag dem Reichstag zur Annahme zu lassen. Sollte der Vertrag dem Reichstag vorgelegt werden, so würde die Reichsregierung die Möglichkeit haben, etwa noch auftretende Mißverständnisse in der Öffentlichkeit auch des Auslandes durch entsprechende Darlegungen zu beseitigen. Als diplomatisches Dokument wird das Abkommen als „Berliner Vertrag“ bezeichnet werden, da auch die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht werden. In den der Regierung nahestehenden Kreisen bewertet man den Vertrag als die Angleichung von Deutschland und Rußland. Man unterstreicht, daß eine extensive Auslegung des Vertrages, wie sie in einem kleinen Teil der öffentlichen Presse erfolgt ist, ebenso falsch wäre, wie die Einschränkung der Bedeutung, die dem Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen zukommt. Die Verhandlungen des deutsch-russischen Ausschusses ergaben bereits die grundsätzliche Zustimmung der Vertreter sämtlicher Fraktionen.

Sehr interessant ist die Stellungnahme der Presse in der Schweiz. Diese verhält sich bisher zu dem neuen deutsch-russischen Abkommen noch zurückhaltend und beschränkt sich auf allgemeine Auf die Wiederbelebung der deutschen und russischen Wirtschaft. Man versteht aber in der Schweiz durchaus, daß Deutschland sich nicht einseitig nach Rußland hin orientieren will, sondern als ein Land, das in der Welt Europas steht, auch gute Beziehungen mit dem zukünftigen Osten unterhalten muß. In sozialistischen Kreisen wird die große wirtschaftliche Aufschwung in Paris als ein sehr wichtiger Schritt in der Annäherung Frankreichs, Rußlands und Deutschlands in Zusammenhang gebracht und begrüßt.

Besserung der Wirtschaftslage.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelskongress in Berlin hat Reichsminister Dr. Brüning eine bemerkenswerte Rede gehalten. Wenn man, so führte er aus, den allgemeinen Zustand der Wirtschaft in Politik und Wirtschaft mit den Verhältnissen vor dem Ausbruch des Weltkrieges vergleicht, so sieht man, daß in der Wirtschaftslage nicht leicht die Lage Deutschlands verbessert habe. Die Eingliederung unserer Wirtschaft in das Weltwirtschaftsgerüst sei aber noch recht weit von dem Zustand entfernt, der bei der gegenwärtigen Lage erforderlich sei; denn zur Abdeckung der ihm auf-

erlegten Kosten und zur Erfüllung der Finanzverpflichtungen, die sich aus der unvermeidlichen Verschuldung der letzten Jahre ergeben, brauche Deutschland auf die Dauer eine aktive Handelsbilanz. Eine gewisse Verbesserung unserer Handelsbilanzverhältnisse sei unvermeidbar, und zwar eine Verbesserung, die nicht nur auf einer verringerten Einfuhr beruhe.

Schon seit Anfang 1925 sei die Ausfuhr im Steigen begriffen. Der März habe einen Ueberschuß von 155 Millionen Mark gegenüber der Einfuhr gebracht. Diese Steigerung sei nicht etwa allein eine Folge der deutschen Wirtschaftskraft; denn der Gesamt-Welt-Ueberschuß der Ausfuhr weise eher eine Steigerung als eine Senkung auf. Dabei bleibe aber die Tatsache bestehen, daß Deutschlands Anteil am Weltmarkt, der für 1913 ein Achtel betragen habe, bei der Ausfuhr 1925 auf ein Viertel zurückgegangen sei. Die Biffer der Exporte und Importe und kurzfristige Handelsbilanzverhältnisse, die der am Ende des Ruhrkampfes und der unter den tiefsten Nachwirkungen der Inflation nicht viel nachgeben. Die Zahl der unterstützten Exporteure betrage zurzeit noch immer 1,88 Millionen. Dennoch wäre es verkehrt, wollte man angesichts dieser Zahlen müßlos werden. Allerdings seien

die Träume der Geld- und Kreditinflation

endgültig zerfallen. Gerade aber angesichts der ungeheuren Exportsteigerung sei es Pflicht jedes Verantwortlichen, nicht aus reinlichem Eigennutz von der Mitwirkung am Wiederaufbau der Wirtschaft zurückzugehen. Notwendig sei eine Senkung der Sparmaßnahme; denn ohne diese, auf der unser Geldwertwesen aufgebaut sei, könne die Wirtschaft nicht bestehen. Die Sparmaßnahmen seien Ende 1925 auf 2½ Milliarden Mark gestiegen und hätten sich damit in einem Jahr mehr als verdoppelt. Auch die Bank- und Depositionen hätten zugenommen. Der Reichsausschuß führte weiter aus: Wir begrüßen jede Senkung des Zinses und Profitabiltäts. Wir hoffen, daß auf diesem Wege weiter kräftig voranschritten wird. Die von den neuen Aufwertungsbestrebungen ausgehenden Gefahren habe die Reichsregierung durch den bekannten Gesetzentwurf zu vermeiden gesucht. Ziel der gesamten Regierungspolitik sei, in der Innen- und Außenpolitik beruhigende Verhältnisse zu schaffen, damit nicht nur das inländische, sondern auch das ausländische Kapital sich zu langfristigen und zu tragbaren Bedingungen bereit finde, am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitzuwirken. Die Durchführung einer allgemeinen Beruhigung in der Politik sei das Erheblichste, was die Reichsregierung überhaupt zum Wiederaufbau der Wirtschaft tun könne. Das verfloßene Jahr habe sichtbare Fortschritte in der Befriedung der Welt gebracht. Selbstverständlich sei das Ziel der Befriedung erst erreicht, wenn auch die zweite und dritte Rheinlandzone

geräumt sei. Durch die Abmachungen von Locarno sei eine Verringerung der Besatzungstruppen erreicht, die freilich noch erheblich hinter den berechtigten Wünschen Deutschlands zurückbleibe und auch die Rolle der Völkerbundkonferenz vom November vorigen Jahres noch nicht verwirklicht habe. Die Vorgänge in Genf hätten die politische Entwicklung des friedlichen Wiederaufbaus nicht aufgebrochen. Auch der neue Vertrag mit Rußland sei als lebendiger Fortschritt auf der Bahn der allgemeinen politischen Beruhigung zu betrachten.

Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft vollziehe sich nur langsam. Auf dem Gebiete des eigentlichen Wirtschaftsebens handele es sich nicht darum, nur den früheren Zustand wiederherzustellen; denn die wirtschaftliche Aufgabe Deutschlands habe sich nicht unwesentlich verändert. Für Deutschland liege die Qualität der besten Grundlage für eine Sicherung des Auslandsverkehrs. Für Deutschland seien Kolonien unbedingt notwendig.

Die Kritik der Rede Helld.

Wahlstimmung in Berlin.

Die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Helld auf der Tagung der Bayerischen Volkspartei über die deutsche Außenpolitik hat in Berliner, amtlichen Kreisen erhebliche Wahlstimmung erzeugt. So schreibt ein dem Reichsaussenminister nahestehendes Blatt, daß der bayerische Ministerpräsident der Reichspolitik, insbesondere insoweit die Stellung Deutschlands zum Völkerbund in Betracht kommt, kritisch und z. T. ablehnend gegenübersteht, war in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt.

Trotzdem kann die Erklärung, die der Ministerpräsident Helld auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei in Regensburg abgegeben hat, nur geeignet sein, den außenpolitischen Interessen des Deutschen Reiches zu schaden. Wenn das Beispiel des Ministerpräsidenten Helld Nachahmung findet, so würde nach außen der Eindruck einer einheitlichen Reichspolitik überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die auswärtige Politik ist dasjenige Gebiet, das unter allen Umständen dem Reiche zuzustehen.

Die Diskrepanz der Anschauung, die durch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt, ist den deutschen Interessen ebenso abträglich, wie wenn die ganze falsche Anschauung bestände, die von dem bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebrachte Auffassung stamme etwa mit der der Reichsregierung überein. Unverständlich ist es im übrigen, wie der Ministerpräsident Helld der Regierung den guten Rat geben kann, ihre Politik nicht nur nach Westen aus-

zurichten und das gerade an dem Tage, an dem der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet worden sei.

Eine Erklärung Chamberlains.

Zustimmung zum deutsch-russischen Vertrag.

Anlässlich einer Veranstaltung des englisch-französischen Verbandes in London nahm der britische Außenminister Chamberlain Gelegenheit, sich über den soeben abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag zu äußern. Er betonte zunächst allgemein die Notwendigkeit englisch-französischer Zusammenarbeit und erklärte dann:

Die Welt ist so eng geworden, daß wir nicht mehr sagen können: was hier oder dort geschieht, geht uns nichts an. Wir würden aber einen großen Fehler begehen, wenn wir diese Verhandlungen mit Eifersucht oder Argwohn betrachten. Für die britische Regierung kann ich nur sagen: Während wir aus dem tiefen Gefühl der gemeinsamen englisch-französischen Erinnerungen unsere Freundschaft hochhalten, sind wir nicht eifersüchtig gegenüber den Bestrebungen anderer Staaten, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.

Wir setzen dabei immer voraus, daß die Verträge, über die verhandelt wird, ihrem Wesen nach eine friedliche und freundschaftliche Regelung darstellen, die den Frieden zwischen den beteiligten Ländern sichern und nicht dazu bestimmt sind, ein feindliches Bündnis zum Zwecke des Angriffs gegen andere Nationen zu bilden. Wir setzen ferner voraus, daß diese neuen Verpflichtungen strikte vereinbar sind mit den Verpflichtungen, die diese Staaten haben oder, wie ich hoffe, in kurzer Zeit haben werden gegenüber dem Völkerbund und seinen Satzungen. Unter diesen Voraussetzungen können wir nur mit Vergnügen auf solche Fortschritte in der gegenseitigen Verständigung blicken und mit der Hoffnung, daß andere Nationen ebenso wie wir, Frankreich und Großbritannien, danach trachten, alte Freundschaft warm und eng zu halten und auf der alten Freundschaft die Versöhnung mit früheren Feinden aufbauen.

Stresemann und Tschischerin.

Ein Telegrammwechsel.

Zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem russischen Volkskommissar Tschischerin ist aus Anlaß der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages folgender Telegrammwechsel erfolgt:

„Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich soeben mit dem Vorkämpfer der Abmachungen unterzeichnet habe, deren Grundlage wir im vorigen Jahr erörterten. Ich bin der festen Überzeugung, daß der geschlossene Vertrag dem Zweck gerecht werden wird, dem zu dienen er bestimmt ist: auf der durch den Rapallovertrag geschaffenen Grundlage des freundschaftlichen und friedlichen Zusammenwirkens beider Völker an der Befestigung des Weltfriedens mitzuwirken.“

„Ich danke Ihnen aufs wärmste für die freundliche Mitteilung über die Unterzeichnung unseres neuen Vertrages. Ich freue mich feststellen zu können, daß die Besprechungen, die ich im vorigen Jahre mit dem Reichsaussenminister und mit Ihnen gehabt habe, zu einem positiven und hoch erfreulichen Ergebnis geführt haben. Wir hoffen unseren Vertrag auf als ein Werkzeug des Friedens, das zur Befestigung des Weltfriedens beitragen soll. Der Geist von Rapallo lebt in diesem Vertrag weiter und übt seinen wohlwollenden Einfluß auf die allgemeine Lage aus.“

Wirtschaft und Staatsverwaltung.

Deutscher Industrie- und Handelskongress.

In Berlin ist der Deutsche Industrie- und Handelskongress zusammengetreten. Zur Eröffnung der Tagung fand ein Festessen statt, auf dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine beachtenswerte Rede hielt.

Er legte seinen Ausführungen den Gedanken zugrunde, daß Wirtschaft und Staatsverwaltung nur verschiedene Funktionen eines gemeinsamen Ganzen seien. Jetzt kann wieder, so legte der Minister dar, von der Reichsregierung gemeinsam mit der Wirtschaft im einzelnen daran gearbeitet werden, die staatlichen Maßnahmen den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, um den wechselseitigen Bedürfnissen von Staat und Wirtschaft gerecht zu werden. Der Minister teilte hier neue Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Warenausfuhr mit, u. a., daß das Reichswirtschaftsministerium im Einverständnis mit dem Reichsbankdirektorium dem Reichskabinett zur Beschlußfassung den Entwurf einer Verordnung über die Außerkräftsetzung des Deviseneinheitsgesetzes und des Verbotes des Devisenterminhandels soeben vorgelegt hat.

Die Hauptaufgabe, so fuhr der Minister fort, die wir in der nächsten Zeit gemeinsam durchzuführen haben, ist die Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unproduktiver Arbeit, die Durchführung des Sparprogrammes hier, der Rationalisierung dort. Die Erkenntnis der Notwendigkeit der

Verwaltungsreform

zieht immer weitere Kreise. Wir werden uns ihr nicht entziehen dürfen. Dabei werden wir die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden sachgemäß abgrenzen und neu ordnen, und die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränken. Die Rationalisierung in der Wirtschaft ist in vollem Gange. Die Pflicht des Staates wird nicht abgelehnt werden dürfen, dem Volke, was es unter der Umstellung leidet, soziale Hilfe zu gewähren. Mehr als je werden Staat und Wirtschaft zusammenwirken müssen, um diese gewaltige Krise bald zu überwinden. Erst die volle Durchführung des Umstellungsprozesses wird die Erkenntnis des richtigen Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft ermöglichen. Wir werden aber schon jetzt folgendes feststellen dürfen und nach dieser Erkenntnis handeln müssen: Offensichtlich sind die Zeiten der sogenannten Staatswirtschaft vorüber. Auf der anderen Seite kann der Staat eine schrankenlose Freiheit der wirtschaftlichen Unternehmungen nicht mehr dulden, die die Wirtschaft vernichten würde. Ein Mittel zwischen beiden Extremen ist das für deutsche Verhältnisse allein mögliche, vor dem Kriege bereits eingeführte System. Der Minister verglich endlich das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft mit einer Ehe, in welcher der eine Teil, der Staat, Schutz und Führung des gemeinsamen Weges zu übernehmen habe, während das Schaffen und Wirken Aufgabe des anderen Teiles sei.

Die Verhandlungen in Marokko.

Auf dem Wege zum Frieden.

Ueber den Stand der Verhandlungen mit den Rifanten in Abjda nach dem ersten Verhandlungstag berichtet der Kavassortreter, man habe sich vor allem mit der Prüfung der Sicherheitsmaßnahmen beschäftigt, also mit der Entfernung Abd el Krim aus dem Risgebiet. Dies sei ein heikler Punkt für die Rifdelegationen, denn sie seien, wie der Berichterstatter hervorhebt, doch gerade von dem Interesse selbst zu den Verhandlungen ermächtigt worden. Die Spanier und Franzosen seien entschlossen, Abd el Krim sobald als möglich aus dem Land zu entfernen, wollten jedoch die berechtigten Empfindlichkeiten bei Regelung dieser Frage schonen. Die Entlassung der Rifanten in den Gebirgsgegenden werde noch weitere Verhandlungen mit den örtlichen Führern notwendig machen. Schließlich habe Spanien auch das Problem der Verwaltungsautonomie angeschnitten. General Simon habe noch darauf aufmerksam gemacht, daß gewisse Zwischenfälle in der Gegend von Azzan gemeldet worden seien, die auf die Ankunft von Rifagnatoren zurückzuführen seien. General Simon habe darauf hingewiesen, daß eine vorläufige Handlung Abd el Krim, wenn sie erwiesen werde, große Nachteile zur Folge haben würde. Der General betonte, man sei auf den Kernpunkt der Verhandlungen gekommen, ohne bei den Rifdelegationen auf systematisch schlechten Willen zu stoßen.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Die Arbeiten der vorbereitenden Kommission.

Die augenblicklich in Genf tagende Kommission zur Vorbereitung der geplanten Weltwirtschaftskonferenz bemüht sich augenblicklich eifrig, die nötige Klärung über die zu behandelnden Fragen herbeizuführen. Besonders war es, daß bereits in der ersten Sitzung der Gegenstand zwischen den englischen und französischen Vertretern zum Ausdruck kam. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um das Problem der Entwicklung der nationalen Industrien. In einer einleitenden Ansprache wies zunächst Thomson als Vorsitzender auf den verhängnisvollen Charakter der Verhandlungen hin und bat die Anwesenden, offen ihre Meinung zu äußern ohne Rücksichtnahme auf die Beziehungen ihrer Länder. Als erster Redner der Generaldebatte erhielt der Engländer Smith das Wort, der von der Arbeit der Kommission positive Resultate verlangte und darum für eine Beschränkung des Programms eintrat. Er wies insbesondere auf die Hindernisse hin, die den internationalen Warenverkehr und die Produktion behinderten.

Der französische Generalsekretär Rouhaux warnte vor theoretischen Erörterungen. Er regte die Einschaltung von Unteranschüssen an. Darauf entwickelte er ein umfangreiches Programm, aus dem folgende Gesichtspunkte hervorgehoben sind: 1. Stabilisierung der Währung. 2. Internationale Verjüngung

digung auf dem Gebiete der Handelspolitik, die Bekämpfung des Dumping und Zollfreiheit für die Rohprodukte und Nahrungsprodukte, Kontrolle der Produktion von Getreide, Eisen, Baumwolle, Gummi, Petroleum und Steinschale, Einschränkung der Ueberproduktion. 3. Enge Zusammenarbeit des Völkerbundes und aller wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Epochenorganisationen zur Regelung der Produktion, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft, internationale Verständigung über eine gemeinsame Arbeits- und Arbeitspolitik.

Als letztes Ideal stellte er die europäische Solidarität hin. Der Amerikaner Professor Young betonte, daß es Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz sei, die kranke Wirtschaft zu heilen. Als letzter Redner sprach der italienische Großindustrielle Pirelli, der als einer der Hauptstärken der wirtschaftlichen Umstellung nach dem Kriege auf das Entstehen zahlreicher neuer Industrien in den neuen Staaten hinwies. Die Aufnahmefähigkeit der Kolonien müsse gesteigert werden, um den Abzug der nationalen Produktion zu erleichtern. Für den weiteren Verlauf der Generaldebatte, die am Dienstagvormittag stattfinden wird, haben sich weitere sieben Redner angemeldet, darunter auch Staatssekretär Trendelenburg.

Politische Tageschau.

Die Reichshandelskammer. Mit der Rechtsstellung der Reichshandelskammer und der daraus folgenden Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten befaßt sich ein Urteil des Reichsgerichts vom 19. März 1927. Auf Grund der Entscheidungsgeschichte der deutschen Reichsbahnkammer und der maßgebenden Gesetzesbestimmungen gelangt das Reichsgericht zu folgendem Ergebnis: Der Betrieb der Reichsbahn und die damit in Verbindung gebrachte Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sind Angelegenheiten des Reiches. Die Reichsbahnkammer ist eine für Beforgung dieser Angelegenheiten errichtete, mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit den Rechten der Selbstverwaltung ausgestattete, aber in die Verfassung des Reiches eingegliederte und seiner Aufsicht unterstehende öffentlich rechtliche Anstalt in der Form einer Handelsgesellschaft. Die Stellen der Reichsbahnkammer sind mittelbare Reichsbehörden, die Reichsbahnbeamten sind mittelbare Reichsbedienstetene. Die Reichsbahnkammer ist im Sinne des Strafgesetzbuches.

Hilfe für die notleidenden Winger. Wie der Anstalt Preussische Pressebericht mitteilt, hat die preussische Staatsregierung zur Verringerung der Not der Winger in der Rheinprovinz und im Regierungsbezirk Wiesbaden dem Oberpräsidenten der Provinz zwei Millionen Reichsmark zugunsten der notleidenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz ist zum Kommissar für die Verteilung dieser Mittel bestellt worden.

Die internationalisierte Schuldregelung. Vor der Finanzkommission der französischen Kammer gaben Ministerpräsident Briand sowie der französische Finanzminister Erklärungen über die Frage der internationalisierten Schuldregelung ab. Der Finanzminister betonte, die französische Regierung werde in diesem Jahre bis zum 31. Dezember Zahlungen in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling leisten und weitere 2 Millionen Pfund Sterling vom 1. Januar 1927 bis zum 31. März 1927. Diese 4 Millionen Pfund Sterling würden auf die später festzusetzenden Jahreszahlungen angerechnet werden. Der Finanzminister ging darauf auf die Projekte einer Regelung der Schulden an die Vereinigten Staaten ein, die bis jetzt vorliegen und verglich sie mit dem augenblicklichen Projekt, auf das er das Nähere einging. Briand verneinte sich darauf über das Gesamtproblem der internationalisierten Schulden, wobei er besonders auf die Frage der Transferregelung einging.

Abschaffung der Militärpflicht im Frieden? Aus Washington wird gemeldet, daß dem Staatsdepartement eine Anregung übermittle wurde, wonach der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf die obligatorische Abschaffung der Militärpflicht im Friedenszeiten vorgeschlagen werden soll. Die Anregung ging von der Parlamentarischen Kommission aus. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß das Staatsdepartement sich zu diesem Schritt entschließen wird, da Präsident Coolidge wiederholt seine Abneigung gegen eine weitere Reduzierung der militärischen Bestände der Vereinigten Staaten ungenügend zum Ausdruck gebracht hat.

Tatliche Attentatsveruche. Nach Mitteilung der

Schweizerischen Delegationen entspricht die Meldung der Berliner Mittagsblätter über ein Attentat auf den Präsidenten der Weltwirtschaftskonferenz nicht den Tatsachen. Es liegt eine Verwechslung mit dem gestern gemeldeten missglückten Revolveranschlag auf den hier wohnenden Advokaten vor.

Handelsteil.

Berlin, 28. März.

Devisenmarkt. Am Devisenmarkt lebten die Devisen nach der letzten Unterbrechung ihre rückläufige Bewegung wieder fort. London-Paris 196 1/2, London-Brüssel 185 1/2, Florenz-Unterländer, London gegen New York fest. Effektenmarkt. An der Liquidität des Geldmarktes sah sich heute nichts. Die Tendenz ließ sich ebenfalls feststellen an. Gemischte Renten ebenfalls befestigt. Konstantinopel zureichlichem Grundstücken befestigt.

Produktenmarkt. Es wurden bezahlt für 100 Rg.: Weizen (malt.) 20.6-20.9, Roggen (malt.) 17.8-17.8, Sommer 19.2-21, Winter 17.8-19, Hafer (malt.) 19.2-20.2, Weizenmehl 37.5-39.75, Roggenmehl 25.25-26.25, Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 11.9-12.25.

Krautmarkt a. M., 28. März.

Devisenmarkt. Im Devisenverkehr liegen die Devisen nach der letzten Unterbrechung ihre rückläufige Bewegung wieder fort. London-Paris 196 1/2, London-Brüssel 185 1/2, Florenz-Unterländer, London gegen New York fest. Effektenmarkt. An der Liquidität des Geldmarktes sah sich heute nichts. Die Tendenz ließ sich ebenfalls feststellen an. Gemischte Renten ebenfalls befestigt. Konstantinopel zureichlichem Grundstücken befestigt.

Produktenmarkt. Es wurden bezahlt für 100 Rg.: Weizen (malt.) 20.6-20.9, Roggen (malt.) 17.8-17.8, Sommer 19.2-21, Winter 17.8-19, Hafer (malt.) 19.2-20.2, Weizenmehl 37.5-39.75, Roggenmehl 25.25-26.25, Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 11.9-12.25.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. März.

Präsident Ebert beabsichtigt den Alterspräsidenten Reichstages, den Abg. Bod-Gotha, dessen Platz mit einem anderen Reichstagsmitglied getauscht ist, zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren. Er weist darauf hin, daß der Abg. Bod mit kurzen Unterbrechungen 21 Jahre lang dem Reichstag angehört habe. Das ist ein seltenes Ereignis in der Geschichte des Reichstages. (Beifall.)

Das deutsch-griechische Abkommen wegen Aufhebung der Subjektionsrechte für Griechenland wurde in allen drei Lesungen angenommen. Zur Verhandlung steht dann der Gesetzentwurf über die Bekämpfung des Zuckerkampfs. Danach kann der wegen Zuckerverkehrs erlassenen Strafe auf Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft erkannt werden. In besonders schweren Fällen muß darauf erkannt werden.

Reichsjustizminister Marx bittet um schnelle Entscheidung der Vorlage, die nach dem 1. Mai erledigt werden muß. Gegenwärtig wird dem Reichsausschuß überwiesen. Zur Verhandlung steht dann der durch das Volksbegehren zur Verfassung des Reichstages gelangte sozialdemokratisch-kommunistische Gesetzentwurf zur Einziehung der Fürstlichen Verträge.

Auf Antrag der Reichstagskommission wird mit der Debatte ein Entwurf zur Einziehung des Vermögens der Bank- und Sparkassen und anderer Volkspartien verbunden. Abg. Dr. Helsenfeld (Soz.) kritisiert die Vorgänge im Reichsausschuß. Alle anderen Mittel verlagern, es bleibe nur der Reichsausschuß und die entschädigungslose Enteignung der Fürstlichen Verträge. Die deutsche Volkshilfe an die Türe des Reichstages.

Wenn es die Einziehung berechtigt ist, dann gegenwärtig deutschen Fürsten. Sie haben das deutsche Volk in der Reichstagskommission. (Beifall.) Sie sind bestrebt für das Volk die über das deutsche Volk gebracht haben. Unter diesen Umständen

lichen Träumen gependigt, in denen Giovanni und selmo die Hauptrollen spielten.

Gegen ihre Uhr morgens wurde Maddalena lautlos nach an der Türe der Gaststube gewacht. war Gaetano, der, nachdem er seine Geschäfte in beendet und seine Leute verabschiedet hatte, wie gewöhnlich über den See nach Hause zurückgekehrt war. Maddalena beehrte sich ihm zu öffnen. Als sie ihren Bräutigam ohne Anselmo vor der Türe sah, rief sie:

„Gaetano, wo ist Anselmo? Ist er nicht bei dir?“ antwortete mir doch! „Lass uns erst eintreten“, erwiderte Gaetano mit weicher Stimme, indem er mit zitternder Hand den Schlüssel in die Türe steckte. Maddalena ergriff.

„Anselmo ist also nicht mit dir zurückgekommen?“ ist er denn? Sprich doch, Gaetano!“

„Maddalena, beruhige dich, komm ins Haus hinein.“

„Ob, Gaetano,“ rief das junge Mädchen außer sich. „Wenn du mich liebst, sage mir, was aus Anselmo geworden ist. Ich liebe den Anselmo, wie wenn er mein Sohn wäre. Ob, heilige Mutter Gottes, mein Anselmo hat mich also nicht getäuscht. Deine Vermutung enthält mir die Wahrheit, die du verneinest nur zu verbergen suchst. Anselmo ist tot!“

„Nein, aber er ist schwer verwundet“, beistete Gaetano zu sagen.

„Und wo ist er? Wo ist er? Was habt ihr mit meinem lieben Anselmo gemacht?“

„Sei ruhig, Geliebte! In dieser Stunde ist Lugano, in meinem Hause. Der Arzt, der seinen ruhige dich.“ (Vorfahrung)

Die Traut des Schmugglers

Aus den Papieren eines Grenzjägers.

(Aus dem Italienischen übersetzt von K. E. M. E. R. I. C. H.)

14 (Nachdruck verboten.)

Wir müssen, des besseren Verständnisses der geschilderten Vorfälle wegen, zu dem Zeitpunkt zurückkehren, mit dem die fortgesetzten Unglücksfälle in der Familie Sarti ihren Anfang nahmen. Bis zu jener Zeit hatten die Angehörigen Pietros und dieser selbst in bester Harmonie mit den Grenzjägern gelebt. Dieses gute Einvernehmen fand aber ein plötzliches Ende. Der Brigadeführer Giovanni war, wie er dies seit Jahren vergeblich nachgesucht hatte, an die Grenze von Chiasso versetzt worden. Dort wurden ihm in den Weinbergen Comos zu viel getrunken hatte, über das unerklärliche Verschwinden des ehemaligen Chefs Appollito gemacht hatte. Das brachte Giovanni zu dem Verdachte, daß er in Pietro vielleicht den Mörder seines Vaters vor sich hatte. Er suchte auch seinerseits die Stammeskneipen des alten Sarti auf und erlangte bald durch geistliche Kreuzfragen die Bestätigung seines Verdachtes.

Von diesem Tage an hörte das gute Einvernehmen, das bis dahin zwischen Schmugglern und Grenzjägern bestanden hatte, auf. Mit dem Hinweis auf die Dienstpflicht mußte Giovanni alle Vorstellungen seiner Untergebenen verstummen zu lassen. Er, der auf seinen früheren Posten mit den Schmugglern Brüderlichkeit getrunken hatte, der sich auf ihre Kosten gütlich getan und noch mehr als eine der Banknoten, die er ihrer Freigebigkeit verdankte, in seiner Tasche trug, zeigte sich im Bezirk

Chiasso unbestechlich und zwang dadurch die Schmuggler seine Kampfanlage zu beachten. Ehe er jedoch zu Tätlichkeiten überging, suchte Giovanni das Terrain zu sondieren, seinen Feind genau kennen zu lernen und sich mit dem Gelände vertraut zu machen. Nachdem er dies alles gründlich befragt hatte, sagte er sich: „Jetzt Vater, werde ich dich rächen!“

Mit seltener Kraft und Gewandtheit begab, wollte Giovanni die Rache auf die er sann, nur sich selbst zu danken haben. Sein wilder Charakter strebte nach Morde, wie nach rühmlichen Handlungen und kannte keine andere Strafe, als die der Vergeltung. Sein Haß beschränkte sich nicht auf den Mörder seines Vaters. Er mußte hundert Opfer für eines haben. Alles, was Pietro Sarti angehörte, Männer, Weiber, Kinder. Alle waren in seinen Augen für das Verbrechen Pietros verantwortlich. Er wollte die ganze Familie aus der Gemeinschaft der Lebenden ausschließen. Für Maddalena, deren Anhänglichkeit an den alten Pietro ihm bekannt war, sparte er eine noch härtere Strafe auf. — Allerdings kannte Giovanni weder die Bande der Natur, die seine Mutter mit Pietro Sarti verknüpfte, noch den schmachvollen Verrat, dessen sich sein Vater gegen die unglückliche Rosina, seine Mutter, schuldig gemacht hatte.

In der Osteria war Maddalena mit ihrem kranken Vater allein zurückgeblieben. Eingeschlossen in dem Zimmer, in dem Luigi auf seinem Schmerzenslager ruhte, sah Maddalena vor dem Kamin, in den Händen ein Gebetbuch haltend. Sie las aber nicht. Sie war von einer Aufregung befallen, die ihr jede Sammlung zum Gebete nahm. Eine Unruhe beherrschte sie, deren Ursache sie sich nicht erklären konnte, und als ihr die Müdigkeit endlich die Augen geschlossen hatte, wurde sie von schred-

Preussische

Der Preussische Landtag... (Text continues on the right margin)

Aus C

Sturmshäden in... (Text continues on the right margin)

Preussischer Landtag.

Aus aller Welt.

schlugener in Reppen. In dem Sögelwert brach im Jahre 1819 ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und bei der reichen Nahrung und dem starken Feuer die ganze Wert erfasste. Trotzdem die Feuerwehren zur Stelle war, gelang es nicht den Brand erfolgreich zu löschen, so daß das gesamte Wert ein Raub der Flammen wurde.

Uns Naß und Fern.

allen Teilen des Reiches nahm die Jahresversammlung der Deutschen nationalen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ihren Anfang. Unter den Teilnehmern sind bekannte Vertreter der kirchlichen Einheitsbewegung u. a. genannt: Universitätsprofessor Dr. Eitms, Oberkonsistorialrat Dr. Schreiber, beide aus Berlin, Superintendent u. a. D. Dr. Kasian-Baden, Dr. Keller-Zürich, Bischof Dr. Kullen-Zürich u. a. Die dreitägigen Verhandlungen (vom 27. bis 29. April 1926) werden eine mit Spannung erwartete Auseinandersetzung bringen über die Probleme und Ergebnisse des Stockholmer Weltkongrès im vergangenen Jahr, dessen Arbeit in bemerkenswerter Weise auf deutschem Boden

Aus Nassau. (Lehrerjubiläum) Diejenigen Lehrer, welche im Mai des Jahres 1886 das Lehrerseminar in Montabaur verlassen, können in diesem Jahre auf eine 40jährige Tätigkeit im Schuldienste zurückblicken. Dieses Jubiläum wollen dieselben nicht unbemerkt vorübergehen lassen, sondern durch eine gemeinsame Zusammenkunft mit einer entsprechenden Feier in den Pflingstferien zu Rommeln begehen. Von den damaligen 24 Abiturienten sind 14 noch im Schuldienste tätig. Sechs Klassenkollegen sind bereits verstorben, drei leben im Ruhestande und einer ist nach Amerika ausgewandert.

Totales.

— Turnfarsus. Für die Lehrer und Lehrerinnen d. nordöstlichen Theiles unseres Landkreises Wiesbaden sind gegenwärtig dahier ein Turnfarsus statt. Derselbe war am verfloffenen Dienstag von Herrn Turninspektor W. Lippi in Wiesbaden mit einer kurzen Ansprache, in d.

